Bezugspreise: Für Halle monatl. bei zweimal. Zustellung 15.– Mk., vierteljährl. 45.– Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Abgabestellen abgeholt 12.50 Mk. monatl., durch uns. auswärt. Zweigstellen beständ. einmal. Zustellg. 9.– Mk. u. Bezirksgeld, durch die Post monatl. 15.– Mk., vierteljährl. 45.– Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellung nehmen alle Postanstalten an. Amtl. Zeitungsverzeichnis: Saale-Zeitung. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur m. Quellenang. „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140. Der Anzeigenabt. g. Nr. 1133 u. 1133. der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Sechsundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 35 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum für lokale Anzeigen 1.– Mk., f. ausw. 1.20 Mk. Familien- und Kleinanzeigen, private Gelegenheitsankündigungen 60 Pf. Reklamezeile 3 mm breit 4 Millimeterzeile 4 – M. 5.– M. ausw. Bei Wiederholung Ermäßigung. Anzeigenannahme in unseren Geschäftsstellen sämtlicher Anzeigenexpedition. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Nebenstelle: Markt 21. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 2281.

Nr. 32. Halle, Donnerstag, den 19. Januar 1922. Einzelpreis 40 Pfg.

Die Ueberbürdung der Verbraucher.

(Von Dr. Hermann Pachnicke, M. d. R.)

Die Belastung des Verbrauchers wächst ins Ungeheure. Vom 16. Februar 1922 ab wird das Brot, das bisher nur etwa 7 Mark zu haben war, mehr als 12 Mark kosten. Wenn es nach dem Ausschuß des Reichswirtschaftsrats geht, würde, neben den inzwischen eingetretenen Mietssteigerungen noch eine besondere Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues in Höhe von 100 Prozent der Friedensmiete gezahlt werden. Dazu treten dann die Steuern vom Vermögen, vom Vermögenszuwachs, die geplanten Zollerhöhungen auf Kaffee, Tee, Kakao, die Steuererhöhung für Zucker, Tabak, Bier, Mineralwasser, Zündwaren, Leuchtmittel, wie sie in den Finanzvorlagen der Regierung vorgesehen sind. Die Zölle, die um 1200 Prozent erhöht werden, haben inzwischen seit November eine weitere Steigerung bis zu 3900 Prozent erfahren. Würde eine dieser Maßnahmen für sich allein getroffen werden, so wäre sie zwar auch bedauerlich, aber immerhin erträglich. In ihrer Häufung aber liegt eine Verteuerung der Lebenskosten, die die Tragkraft weiter Schichten überstiegt.

Eben diese Häufung läßt den einheitlichen Plan vermissen und keine Rücksicht auf die sozialen Folgen erkennen, die eintreten müssen, wenn der Bogen überspannt wird. Würdet man dem Publikum sowiel mit einem Male auf, so kann man sich nicht wundern, wenn neue Arbeitskämpfe ausbrechen und die Gehaltsforderungen kein Ende nehmen. Hier bedarf es der ordnenden Hand und des weiten Blickes. Die Zeit und Kraft des Reichskanzlers ist gegenwärtig durch noch größere Sorgen in Anspruch genommen; er trägt die Verantwortung dafür, daß der von der Reparationskommission geforderte Reform- und Garantieplan bis zum 27. Januar fertiggestellt und überreicht ist. Dann muß eben ein anderes Mitglied des Kabinetts die Sichtung übernehmen und die Zurückstellung oder Milderung der einen oder anderen Maßregel veranlassen.

In ihrer Vereinzelung betrachtet sind die gemachten Vorschläge durchaus verständlich. Würden wir die Verbilligungszuschüsse für Getreide bis zum Ende des am 15. August ablaufenden Wirtschaftsjahres gewähren, so hätten wir bei einem Dollarkurse von etwa 180 nicht weniger als 16 bis 17 Milliarden aus öffentlichen Mitteln zuzuschießen. Die deutsche Landwirtschaft stellt nicht genug Getreide her, wir müssen also das Fehlende vom Ausland kaufen und dafür Preise zahlen, die den Inlandspreis um das Mehrfache übersteigen. Das können wir auf die Dauer und in diesem Maße nicht mit Rücksicht auf den Fehlbetrag des Reichshaushalts und auf den Druck des Auslands, dem gerade die Ernährungszuschüsse ein Dorn im Auge sind. Deshalb bleibt nichts anderes übrig, als die Zuschüsse herabzusetzen und sie schließlich ganz fallen zu lassen. Bei der 75prozentigen Erhöhung des Brotpreises bleiben immer noch 10 bis 11 Milliarden Mark aus Reichsmitteln zu decken.

Auch eine Erhöhung der Mietssteuer wäre an sich erwünscht, weil wir dadurch Mittel zu dem dringend notwendigen Wohnungsbau gewinnen. Aber schon die Reichstagskommission hat Vorbehalte gemacht, insbesondere den, daß alle Renten-, Lohn- und Gehaltsempfänger ihre Jahresbezüge um denjenigen Betrag erhöht erhalten, der der durchschnittlichen Mietssteigerung entspricht. Diese Voraussetzung läßt sich um so schwerer erfüllen, je größer die Bürde wird, die man auf die Schultern der Verbraucher legt.

Ebenso ist die dritte Form der Belastung, diejenige, durch die neuen Steuern, bei der Notlage unserer Finanzen ausreichend gerechtfertigt. Wir müssen versuchen, den Reichshaushalt in Ordnung zu bringen. Ganz wird dies auch durch die vorgesehene Belastung des Besitzes und Verbrauches nicht gelingen. Immerhin erhoffen wir eine Gesamteinnahme aus Steuern, Zöllen und sonstigen Finanzquellen von etwa 85 Milliarden Mark, und es gilt jetzt, diese Summen zu sichern. Die Parteien verhandeln über ein Steuerkompromiß, das wahrscheinlich auf die Erhebung eines höheren Betrages des Reichsnotopfers hinausläuft, als im Entwurf zur Vermögenssteuer vorgeschlagen wird. Dort stehen 40 Prozent; vielleicht wird diese Ziffer für große Vermögen um mehr als die Hälfte erhöht. Vielleicht kommt für eine etwas spätere Zeit noch eine andere, sehr tief in das Wirtschaftsleben eingreifende Maßregel in Frage. Noch aber ist eine Einigung nicht erzielt und stehen recht ernste Erörterungen bevor. Zustände kommen müssen die Steuern; andernfalls würde sich unsere Lage gegenüber der Reparationskommission überaus verschlechtern.

Stehen aber die Dinge so, dann bleibt nichts anderes übrig, als unter den vorstehenden drei Belastungen seine Auswahl zu treffen. Vergleicht man die Dringlichkeitsfrage, so kann man sich nur für eine Zurückstellung bezw. für eine wesentliche Herabsetzung der Mietsteuer entscheiden. Die Mittel für den Wohnungsbau oder ein Teil derselben müssen dann eben auf anderem Wege beschafft werden, wie dies ja auch bisher geschehen ist. Der Reichstag wird hier, wie so oft, den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrats nicht folgen.

Vor dem Steuerkompromiß.

Wenn der Reichstag heute wieder zusammentritt, sind wahrscheinlich die Verhandlungen über ein Steuerkompromiß schon zum Abschluß gekommen. Allerdings wird man sich lediglich über die Grundzüge und über die Tarifhöhe der einzelnen Vorlagen verständigt haben, über die Einzelheiten wird bis zur endgültigen Verabschiedung noch mancher Kampf entbrennen.

Gestern nachmittag tagte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Sie hatte in später Abendstunde ihre Beratungen noch nicht beendet. Der Reichskanzler aber war auf dem deutschen Industrie- und Handelstage, um die persönliche Fühlung mit den Kreisen von Handel und Industrie aufzunehmen. Die Art, wie man sich über die einzelnen Steuervorlagen verständigen wird, dürfte in starkem Maße auf das Finanz- und Zahlungsprogramm einwirken, das wir innerhalb 14 Tagen der Entente unterbreiten sollen. Es ist kein Geheimnis mehr, daß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in der Frage der Sachwerterfassung eine Annäherung erfolgt ist. Bereits auf dem Zentrumsparteitage hat der Arbeitsminister Dr. Braun angedeutet, daß das Zentrum für einen zeitlich begrenzten Eingriff in die Vermögenssubstanz ist, sofern nur die Erträgnisse nicht in das durchlöcherte Faß der Reparationen geworfen würden. Der „Vorwärts" hat gestern noch einmal einen großen Kampf um die Erfassung der Sachwerte geführt, aber die Tendenz des Artikels war durchaus kompromißfreundlich. Es ist anzunehmen, daß ein zwischen Zentrum und Sozialdemokratie erzieltes Kompromiß den Demokraten und der Deutschen Volkspartei unterbreitet werden wird.

Die Deutsche Demokratische Volkspartei wird sich bei der Beurteilung einer etwaigen Vereinbarung ausschließlich von sachlichen Gründen leiten lassen. Sie ist für die ausreichende Heranziehung des Besitzes, nie aber für der Wirtschaft gefährliche Experimente, die sich binnen kurzem doppelt schwer rächen würden. Bei der Volkspartei weiß man nicht, ob Dr. Becker der ausschlaggebende Mann ist. Dieser greift das Zentrum ziemlich scharf an und macht in dem offiziellen Organ seiner Partei den Vorschlag, die Steuerfrage als eine Aufgabe eines Bürgerblockes hinzustellen. Das scheint uns besonders darum verfehlt, weil es der in der Regierung befindlichen Sozialdemokratie die Aufgabe erleichtert, sich der Mitarbeit zu entziehen, statt verantwortungsbewußt an der Erledigung der Steuervorlagen mitzuarbeiten, zum andern aber sollte man die Steuerfrage nicht allzu stark unter dem parteipolitischen Gesichtswinkel betrachten.

Notopfer — Zwangsanleihe — Vermögenssteuer.

Ueber die Verständigung zwischen Zentrum und Mehrheitssozialisten wird uns folgendes Nähere gemeldet:

Es handelt sich um einen Kompromißvorschlag, der sich zunächst auf den § 38 des Vermögenssteuergesetzes stützt. In diesem Paragraphen ist vom Reichsnotopfer die Rede. Es wird danach mit 10 Prozent des abgabepflichtigen Vermögens, mindestens aber zu einem Drittel der Abgabe erhoben. Bei abgabepflichtigen Vermögen, die 1 027 000 Mk. und darüber betragen, erhöht sich der zu erhebende Betrag bis auf 40 Prozent des Betrages. Dieser Prozentsatz soll nach dem Kompromißvorschlage wesentlich erhöht werden. Es erscheint fraglich, ob sich die Mehrheitssozialisten mit dieser Vermögenssteuer zufriedengeben oder ob sie hier noch einen weiteren Eingriff in das Vermögen verlangen.

Der Kompromißvorschlag sieht zum zweiten eine Anleihe vor, und zwar eine Zwangsanleihe. Jedoch braucht man zur Fixierung der Summe zunächst die Veranlagung zur Vermögenssteuer, die noch nicht festliegt, so daß hier lediglich ein Gesetz beschlossen werden könnte, das erst in Kraft treten kann, wenn die Veranlagung zur Vermögenssteuer fertiggestellt ist.

Der dritte Punkt sieht höhere Zuschläge zur Vermögenssteuer vor.

Die Fraktionsvertreter beim Reichsfinanzminister.

In einer Versammlung der Fraktionsvertreter bei Dr. Hermes zu einer Verständigung über die Besoldungsregulierung der Beamten, teilte der Minister mit, daß man sich mit den Spitzenorganisationen dahin geeinigt habe, die Teuerungszulagen für die ersten Zehntausend Mark des Beamteneinkommens von 20 auf 40 Prozent zu erhöhen. Ueber die Staatsarbeiterlöhne machte der Minister die interessante Mitteilung, daß sie in Ostpreußen, Pommern, Brandenburg und im Regierungsbezirk Arnsberg höher seien als die der Industriearbeiter. Niedriger seien sie nur im besetzten Gebiet, in Sachsen und in Mitteldeutschland. Man will daher sogenannte Ueberteuerungszuschüsse zahlen.

Da die verschiedensten Parteien zur Besoldungsregulierung andere Vorschläge machten, wurde ein Ergebnis in der Besprechung mit dem Minister nicht erzielt.

Poincarés Absichten auf das Ruhrgebiet.

Ein Aufruf an die französischen Eisenbahner.

Die Pariser „Internationale" erklärt, daß der Arbeitsminister Le Troqueur in Gemeinschaft mit Poincaré die Besetzung des Ruhrgebietes bereits vorbereite. Das individualistische Blatt glaubt, diese Vorbereitungen in einem Aufruf an das französische Eisenbahnpersonal feststellen zu können, in dem gesagt wird, daß diejenigen Beamten und Arbeiter, die in die 50. Abteilung der Feldeisenbahner eintreten wollen, über die Gehälter und Löhne usw. bis zum 16. Januar d. J. Auskunft erhalten könnten.

Diese 50. Abteilung der Feldeisenbahner operiert in den Rheinlanden. Die Vorteile, die den Eisenbahnern geboten werden, wenn sie sich für eine einmehrjährige Dienstzeit verpflichten, bestehen in einer Löhnung von 13 Franken pro Tag, freier Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Kleidung. Die Eisenbahner werden mit ihren Familien in das Rheinland befördert und nach Ablauf der anderthalbjährigen Dienstzeit wiederum auf Staatskosten nach Hause geschafft. Das Blatt erklärt ferner, daß Arbeiter, die sich eine irgendeine Verfehlung zuschulden kommen ließen und denen Entlassung droht, dieser entgehen können, wenn sie ein ähnliches Engagement in den Rheinlanden verpflichten. Es sollen zunächst Eisenbahner in großer Zahl in das Rheinland geschafft werden, um, wenn nötig, hier einen Streik der deutschen Eisenbahner zu brechen und sodann die Truppenbeförderung nach dem Ruhrgebiet in die Wege zu leiten.

Die Einladung an Sowjet-Rußland.

Zweifel in die Sicherheit der Sowjetvertreter.

Das Einladungstelegramm zur Konferenz in Genua, das der italienische Ministerpräsident Bonomi an den Volkskommissar für Aeußeres, Tschitscherin, gerichtet hat, ist im Namen des Obersten Rates abgefaßt und hat jedenfalls zur Anlage eine Abschrift des Beschlusses des Obersten Rates vom 6. Januar. Bonomi nimmt bezug auf Tschitscherins Antwort auf die an Lenin gerichtete Einladung und ersucht die Sowjetregierung, eine Delegation nach Genua zu entsenden und die Namen der Delegierten rechtzeitig mitzuteilen. Das Telegramm schließt mit folgenden Worten:

„In der Zuversicht, daß Sie die ganze Wichtigkeit der Bedingungen erkennen, die der Oberste Rat für ein erfolgreiches Zusammenarbeiten der Entente mit der russischen Regierung im Interesse der Wiederherstellung Europas für notwendig erklärt, nimmt der Oberste Rat mit Genugtuung zur Kenntnis, daß Sie die Absicht haben, Delegierte mit weitgehenden Vollmachten zu entsenden, die berechtigt wären, verantwortliche Beschlüsse zu fassen."

Unter der Ueberschrift „Was sagen die Arbeiter und Bauern der Räterepublik dazu?" veröffentlicht die Moskauer „Pravda" einen Brief des Rotarmisten Petrow, worin es u. a. heißt: Die Einladung Lenins zu einer internationalen Konferenz bedeutet natürlich einen Fortschritt für unser Ansehen. Können uns aber die Diplomaten die Sicherheit für Leben und Gesundheit unseres teuren Iljitsch garantieren? Es fragt sich, ob sie imstande sind, den Haß der aus Rußland verjagten Emigranten zu zähmen, die mit den Feinden der Sowjetrepublik Hand in Hand arbeiten. Nein! Sie können für seine Sicherheit nicht garantieren. Deshalb, Genossen, habt acht auf den Alten und laßt ihn nicht heraus!"

Russische Annäherung an Amerika.

Wie aus Riga gemeldet wird, sprach dort ein Vertreter der Sowjetregierung über die Politik der Moskauer Regierung. Die bisherigen militärischen Interventionen in Rußland seien fehlgeschlagen, nunmehr solle den militärischen eine wirtschaftliche Intervention der Großmächte folgen. Die Sowjetregierung werde jedoch in Genua betonen, daß Rußland nicht nur als Ausbeutungsobjekt zu werten sei. Vielmehr werde sie auf der bevorstehenden Konferenz Gegenforderungen stellen.

Wie Steklow in einem langen Artikel in der offiziellen „Iswestija" ausgeführt hat, stellt Moskau seine Politik nunmehr hauptsächlich auf ein Zusammengehen mit den Vereinigten Staaten ein, wobei auf die Stellung, die Amerika durch sein Hilfswerk für die Hungernden errungen habe, hingewiesen ist.

Der in Riga eingetroffene erste Amerikaner, welcher Konzessionen in Rußland erwerben hat, Mitchell, Direktor der Vereinigten Drogen- und Chemikalien-Gesellschaft in Neuyork, bestätigte die auch von ihm beobachtete Neuorientierung der Sowjetregierung. Direktor Mitchell hat im Ural eine Konzession zur Ausbeutung der Alapaewsk-Asbestgruben erhalten und betonte das den Amerikanern gezeigte Entgegenkommen der Sowjetbehörden. Mitchell hält den Augenblick zur Anknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen mit Rußland für günstig. Neue wirtschaftliche Organisationen seien in Rußland geschaffen worden, denen wirtschaftlich geschulte Kräfte mit einem Monatsgehalt bis zu 40 Millionen Rubel an leitender Stelle vorstünden.

Der österreichische Bundeskanzler Schober beabsichtigt, zurückzutreten. Der Grund des Rücktrittes ist in dem Vertrag von Lana zu suchen, der von einer großen Mehrheit des Parlaments und von der überwiegenden öffentlichen Meinung abgelehnt wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220119031/fragment/page=0001

Deutsches Reich.

Schutz der Ruhestörer im Parlament. Im Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages wurden gestern sämtliche Anträge zur Verstärkung der Disziplinargewalt des Reichstagspräsidenten abgelehnt.

Reichsbund der Deutschen Industriellen. Es ist beabsichtigt, die diesjährige Generalversammlung in der Zeit vom 22. bis 25. Mai in Hamburg abzuhalten.

Eine Frau im Reichswirtschaftsrat. Für den durch den Tod des Sozialpolitikers Professors Ernst Francke freigewordenen Sitz im Reichswirtschaftsrat ist, wie die Blätter melden, die Berufung einer Frau vorgesehen. In erster Linie wird die demokratische Sozialpolitikerin Frau Else Lüders genannt.

Die Heidelberger Bürgermeister-Morde vor Gericht.

S. & H. Heidelberg, den 18. Januar 1922.

Heute Vormittag um 9 Uhr versammelte sich das Gericht mit den Geschworenen, den Vertretern der Staatsanwaltschaft und dem Verteidiger, sowie den Vertretern der Presse unter Ausschluß der Oeffentlichkeit im Schwurgerichtssaale, von wo aus nach kurzer Besprechung die Abfahrt in bereitstehenden Automobilen zu der

Lokalbesichtigung

an den Stätten der Bürgermeistermorde, in Ziegelhausen und bei Neckargemünd erfolgte. Der Angeklagte Siefert wurde schwer gefesselt, unter Bedeckung von 8 Heidelberger Kriminalbeamten in einem Lastkraftwagen untergebracht. Sachverständiger Gerichtschemiker Dr. Popp, Frankfurt a. M., erklärte den Hergang bei den beiden Morden. Der erste Schuß auf den Oberbürgermeister Euse muß in dem Augenblick abgegeben worden sein, wo die beiden Herren an dem hier steil abfallenden Hang mit seinem weitumfassenden, wundervollen Ausblick auf das Neckartal, das gegenüberliegende Ziegelhausen und die dahinter aufragenden Odenwaldberge, ihre Schritte etwas gehemmt haben mögen. Es ist anzunehmen, daß Oberbürgermeister Euse sofort tot niederstürzte, da ja der Schuß in die Brust gegangen war und die Herzschlagader zerrissen hatte. Der zweite, für Bürgermeister Werner bestimmte, den in der Nähe befindliche Personen hörten, ihm aber leider keine Beachtung schenkten, und der offenbar für Werner bestimmt war, muß fehl gegangen sein, worauf der Täter aufsprang und dem Fliehenden nachsetzte. Nach kaum 100 Metern hat er ihn dann an dem Fußpfad eingeholt und mit dem Gewehrkolben niedergeschlagen.

Im Anschluß an diese Feststellungen wurden dem Angeklagten, der ihnen unbewegten Gemüts, teilweise

mit leichtem Lächeln

gefolgt war, die an der Mordstelle gefundenen Gegenstände: Der Stock des Bürgermeisters Werner, seine Brieftasche, die darin befindliche Postkarte mit dem blutigen Fingerabdruck des Doppelmörders usw. vorgezeigt und von den anwesenden Zeugen als Eigentum des Ermordeten festgestellt. Auch die Auffindungsstelle der beiden Leichen wurde besichtigt und bei dieser Gelegenheit ihre Auffindung nochmals genau von den Zeugen geschildert. Die von dem Täter geschaffenen Grabstellen liegen etwa 50 Meter von einander entfernt und weisen jede eine Anzahl großer Steinstücke auf, mit denen der Doppelmörder die beiden Leichen förmlich gesteinigt haben muß, um die Spuren seiner Tat nach Möglichkeit zu verdecken. Die Spuren des zweiten Schusses zeigen sich an einem nahe gelegenen Baum, in dem das Projektil des Karabiners eingedrungen ist.

Kurz nach 11 Uhr trafen die Automobile der Gerichtsbehörde, von den Mordstellen der Bürgermeister herkommend,

in Ziegelhausen

ein, wo die Wirtschaft, ein einstöckiges, wiederholt an- und umgebautes Haus unmittelbar neben der katholischen Kirche des Ortes liegt. Der Wirtsraum ist ein kleines, dreieckiges Zimmerchen, in dem kaum 20 Personen Platz haben, von dem aus zwei Stufen hinauf in einen kleinen Krämerladen führen, der ebenfalls von der Frau Krahmüller und ihren beiden Töchtern verwaltet wird. Von dem Laden aus führt ein besonderer Zugang zu dem oberen Stockwerk des Hauses, in diesen sehr beschränkten Räumen die Familie Krahmüller haust, während in einem hinteren,

ganz kleinen, einfensterigen Zimmer

der Angeklagte Siefert bis zu seiner Verhaftung wohnte. Der Blick von seinem Fenster geht auf das Kreuz des benachbarten Kirchendaches. Im Zimmer selbst nahm ihm das Bett, ein kleiner Tisch und ein schmaler Schrank fast jede Bewegungsfreiheit. Aber da er nach der Aussage der Zeugin Krahmüller wie ein Kind im Hause war, so konnte er sich überall frei bewegen, zumal die Wirtin sich sowohl in der Verhandlung wie auch heute in ihrer Behausung als eine sehr angenehme und gutmütige Dame zeigte. Auch ihre beiden Töchter sind ein paar sehr brave und nette Mädchen, sodaß man es nicht recht versteht, daß der Angeklagte dauernd auswärts und ziellos lebte.

In dem Zimmer will der Angeklagte bekanntlich den Karabiner verborgen gehalten haben, was er zum Beweise dafür anführte, daß er die Waffe nicht im Walde verborgen gehalten haben könne bezw. daß die dort aufgefundene nicht sein Eigentum gewesen sei. Bei der heutigen Lokalbesichtigung zeigte es sich nun, daß der Karabiner überdaupt

nicht in das Schrankfach hineinpaßt,

in dem er gelegen haben soll.

Vor dem Zimmer und damit zugleich vor dem Wohnzimmer der Frau Krahmüller steht noch die schwarze Holztruhe, in welcher der Angeklagte seinerzeit

die blutigen Manschettenknöpfe

des Oberbürgermeisters Euse versteckt hielt. Von hier aus geht es eine ganz schmale Stiege hinauf zum Nachboden. Ein kaum mannbreiter Gang, der auf eine hühnerleiterartige Stiege zuführt, bringt den Besucher noch zu einem Oberboden, an dessen Einsenfensterstelle die Kiste mit den übrigen Wertsachen der Ermordeten stand. Das ganze Milieu dieses badischen Wirtshauses mit seinen verschwiegenen Zugängen, halsbrecherischen Stiegen und luftschaurigen, dunkeln Winkeln, würde das Entzücken jedes Kinoregisseurs bilden. Vor dem Hause harrten indes Hunderte des Angeklagten Siefert, der beim Aussteigen aus dem Kraftwagen unbefangen lächelnd seine zahlreichen Bekannten unter den Anwesenden begrüßt hatte.

Von Ziegelhausen aus fuhr man nunmehr das Neckartal hinunter nach dem Straßenwärterhäuschen bei Neckargemünd, von dem aus der

Ingenieur Link angeschossen

wurde. Dieser hatte sich inzwischen ebenfalls am Tatort eingefunden und führte im Verein mit dem Angeklagten auf seinem Motorrad sitzend noch einmal den ganzen Hergang bei dem Ueberfall vor. Der Angeklagte mußte aus dem Walde hervorkommen, hinter das Wärterhäuschen laufen, indes der Zeuge auf seinem Rade vorbeisauste, wobei die Beobachtungen wiederholt wurden, die schon der Untersuchungsrichter gemacht hat. An der Gelatinefabrik vorüber, von der aus sein Zeuge Link seinerzeit die erste Hilfe wurde, ging es dann nach Heidelberg zurück, wo um 4,30 Uhr nachmittags die Hauptverhandlung gegen Siefert wieder aufgenommen wurde.

Zigarrenmacher Jakob Weiß aus Neulßheim war mit Siefert nach dessen Einlieferung zusammen in Untersuchungshaft. Siefert hat den Zeugen dort die Geschichte von dem Unbekannten erzählt, daß er „ein Stück Gold für eine Pflasterkelle" bekommen habe, daß er verschiedene Wertgegenstände und Geld in einer Kiste versteckt habe. Wenn alle diese Sachen nicht weggebracht würden, dann

müsse er den Mord begangen haben.

Er und die anderen Mitgefangenen hätten dies als eine Aufforderung auffassen müssen, diese versteckten Gegenstände nach ihrer Entlassung wegzuräumen. Zeuge Weiß hat es aber vorgezogen, die Erzählungen Sieferts dem Untersuchungsrichter weiterzugeben.

Zeuge Karl Lenz aus Ludwigshafen war ebenfalls mit Siefert im Untersuchungsgefängnis und ergänzt und bestätigt die Aussagen des vorigen Zeugen. Nach Sieferts ganzer Art der Erzählung hätte man nicht den Eindruck gehabt, daß er ein Mörder sei. Aber nach all dem, was er erzählt habe, hatte er ihm nicht geglaubt und dies auch dem Siefert auf den Kopf zugesagt.

Zeuge Meyer-Altstadt-Heidelberg hat am 29. Juni auf dem Rückweg von Waldhilsbach in kurzem Abstand

zwei Schüsse

in der Zeit zwischen 6 Uhr 10 Min. und 6 Uhr 20 Min., aber keine Hilferufe, nur lautes Sprechen gehört.

Eisenbahnassistent Alfred Maier hat am gleichen Tag in der Nähe der Mordstelle einen Spaziergang gemacht, im Walde einen Mann mit einem Gewehr stehen sehen und etwa kurz nach 6.30 Uhr zwei Schüsse gehört, die kurz nacheinander fielen. Der Gestalt nach könne Siefert der „Mann im Walde" gewesen sein, auch den auf dem Gerichtstisch liegenden

Anzug erkenne er wieder.

Alsdann gab Gerichtschemiker Dr. Popp sein Gutachten über

die Fingerabdrücke

ab. Er zeigte zuerst die Brieftasche des ermordeten Werner, die noch blutige Spuren aufweist. Aus der Tasche, die am 12. Juli gefunden worden war, war die Seite, die für Geldscheine eingerichtet war, geleert, auf der anderen Seite befanden sich u. a. an Werner gerichtete Briefe und Postkarten, die zum Teil deutlich

blutige Fingerabdrücke

zeigten. Der Sachverständige zeigte vergrößerte Photographien der am Tatort gefundenen und der Fingerabdrücke des Angeklagten und behauptet, daß ihre Uebereinstimmung evident sei. Siefert betrachtete die interessanten Aufnahmen mit großem Interesse und gab sie dann wortlos mit leichtem Lächeln zurück.

In später Abendstunde werden die Verhandlungen auf Donnerstag vormittag vertagt.

Sport der Saale-Zeitung

Deutsche Kampfspiel-Rodelmeisterschaft.

Die anläßlich der Wintersportwoche in Garmisch-Partenkirchen stattfindende Deutsche Kampfspiel-Rodelmeisterschaft am 23. und 24. Januar nimmt von allen wintersportlichen Wettbewerben das weitaus größte Interesse in Anspruch, nehmen doch nicht weniger als 53 Rodlerinnen und Rodler aus allen Teilen des Reiches, aus Oesterreich, Steiermark, Tirol und Böhmen an der Veranstaltung teil, die auf der 1000 Meter langen Rissersee-Rodelbahn, die der Sportklub Rissersee neu erbaut hat, der auch die Veranstaltung zur Durchführung bringt, stattfindet. Fahrer wie Dr. Arthur v. Lilienfeld, Graf von der Schulenburg, Fritz v. Opel, Harry Piel, Freudenthal, Harry Rosenberg, der Sieger der Niederdeutschen Rodelmeisterschaft, Densler, Wiesbaden, Dr. Zsak, Ferd. Langer, Mödling, Seebacher und Berger, Oberaudorf u. a. werden am Start erscheinen. Von den Damen dürfte Frau Paula Zsak, Graz, die besten Aussichten haben.

Bennedenstein im Hochharz. 5 Grad Kälte, 50 Zentimeter Schneehöhe, vorzügliche Schi- und Rodelbahn. Zweites großes Wintersportfest am Sonntag, den 22. Januar 1922.

Die Mannschaft zum Berliner Sechstagerennen.

Das 9. Berliner Sechstagerennen, das in der Zeit vom 3. bis 9. Februar im Berliner Sportpalast stattfindet, dürfte den übrigen europäischen Veranstaltungen in Brüssel und Paris in der Besetzung um nichts nachstehen. Wie wir erfahren, sind Verhandlungen mit einigen guten ausländischen Fahrern aufgenommen worden. So soll u. a. das schweizerisch-holländische Paar Egg — van Kempen, die Sieger des Neuyorker Sechstagerennens im Frühjahr 1921 vor Brocco—Coullet und Rütt—Lorenz, gewonnen werden. Ihnen sollen als beste deutsche Paare Rütt—Lemanow und Lorenz—Saldow entgegengestellt werden. — Rütt's Fähigkeiten als Sechstagefahrer sind in der ganzen Welt bekannt. Lemanow hat sich im Berliner Sechstagerennen 1919 recht gut geschlagen und belegte mit Pawke als Partner den dritten Platz. Lorenz—Saldow, die Sieger von Berlin 1914, Dresden 1911, 1912 und 1913 und von Hannover 1913 müssen als eine der stärksten Mannschaften angesehen werden. Kommt eine Besetzung der Spitzenpaare in dieser Form zustande, werden die deutschen Radportfreunde ein Rennen erleben, das sich den gleichen Wettbewerben der Vorkriegszeit anschließt.

Hallescher Turn- und Sportverein e. V. Freitag, den 20. Januar, abends 9 Uhr, außerordentliche Turnratssitzung in dem „Deutschen Bierstuben". Wichtige Tagesordnung, daher pünktliches und vollzähliges Erscheinen notwendig. Sonnabend, den 28. Januar, abends 8 Uhr, Jahres-Hauptversammlung in der Aktienbierbrauerei, Dessauerstraße. —

Dujardin
der mildwerdende Weinbrand.
DUJARDIN & Co G.m.b.H. ÜRDINGEN a/Rh.
LAROCHELLE (COGNAC-CHARENTE MARITIME)
Zu beziehen durch den Handel. - Bezugsquellennachweis durch das Generaldepot für Mitteldeutschland: Herm. Sasse, Magdeburg, Fernspr. 309 und 2671. Telegr.-Adr. „Arminius".

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung, Freitag, 20. Januar. Inhalt: Die verhexte Stadt. Eine heitere Spitzbubengeschichte von Karl Ettlinger. — Majestäten von morgen. Von Georg Streicleister. — Das Kind. Von Erwin H. Rainalter. — Berufswahl. Von Karl Wiegel. — Bunte Zeitung — Literatur.

„Des Esels Schatten".

Lustspiel von Ludwig Fulda.

Erstaufführung im Mannheimer Nationaltheater.

Wenn Ludwig Fulda die Anregung und bis zu einem gewissen Grad auch den Stoff seines köstlichen Lustspiels „Des Esels Schatten" (Buchausgabe bei J. G. Cotta Nchf. Stuttgart) von Wielands „Abderiten" bekommen hat, so ist das Werk doch nicht nur dramatisch ein überaus glücklicher Wurf zu nennen. Der Stoff kam dem Satiriker in hohem Maße entgegen; er brauchte, um seine letzten Endes auch ethischen Ziele zu erreichen, nicht einmal sichtbar die Schale beißenden Spottes auszugießen, denn seine Gestalten tun es durch ihre Lächerlichkeit viel eindrücklicher und schmerzloser.

Es ist ein sonderbares Völkchen, das sich in den engen Mauern Abderas, der griechischen Schwesterstadt des deutschen Schilda, wichtig macht. Der Horizont der Bewohner reicht kaum über sie hinaus, und die grottenhafte Dummheit ist noch lange nicht die schlimmste ihrer Eigenschaften, aber sie ist der Ursprung der Unmoralität, die heimlich ihre Triumphe feiert, während die nicht minder natürlichen Folgen, Eitelkeit, Dünkel und Aufgeblasenheit das Bild erdärmlichen Philister- und Pharisäertums abrunden. Es sind eigentlich zwei Motive, die Ludwig Fulda geschickt und außerordentlich wirksam ineinander verschlungen hat: „Des Esels Schatten" wird zum Symbol der „Klugheit" der Männer, die Spatzenfeder ist das Sinnbild der „Frauentreue" Abderas. Um den Beweis für die unübertreffliche Beschränktheit der Männer zu erbringen, hätte der Streit ihrer zwei Vertreter Struthion und Anthrax, ob man sich in des Esels Schatten setzen darf, wenn man nur den Esel gemietet hat, schon völlig genügt, aber um dieser Bagatelle willen spaltet sich ganz Abdera in zwei Parteien: „Die Esel — die Schatten", ja, selbst die Götter werden durch ihre Priester in diese hochwichtige Angelegenheit menschlicher Kleinheit herabgezogen, und schließlich, als sein Richter Abderas Recht zu sprechen vermag, zerhaut der König Cassander von Mazedonien mit einem Schwertstreich den unentwirrbaren Knoten der Streitfrage, und Abdera hat durch des Esels Schatten seine Freiheit verloren. Jedenfalls ist dadurch aber auch die Todesangst der Frauen beseitigt, denn die Männer haben nun andere Sorgen, als ihrem Weib die Spatzenfeder auf das Herz zu legen und ihre zum Himmel schreienden heimlichen Sünden auszuhorchen. — Eine prachtvolle Gegensatzwirkung zu diesem Bild menschlicher Kleinheit hat Fulda in den Gestalten des Philosophen Demokrit und der Tänzerin Iris geschaffen. Beide waren lange Zeit aus ihrer Vaterstadt entflohen, beide werden wie Abtrünnige behandelt und mit dem Spott und Hohn der Pharisäer übergossen, ohne daß die schale Lauge freilich auch nur ihre Füße beschmutzen könnte. Die Ueberlegenheit des Demokrit beweisen zu wollen, wäre lächerlich: doch Iris steht nicht weniger hoch über den Frauen Abderas: sie, die Vielgeschmähte, ist allein wahrer Liebe fähig und bittet den Demokrit nicht nur um die Liebesprobe mit der Spatzenfeder, sondern vollbringt sogar das Schwerste, dem ungeliebten Mann zu folgen, damit der Geliebte nicht seinen Gedanken und damit sich selber untreu werden braucht.

Es war Ludwig Fulda in seinem Lustspiel wirklich nicht nur um die Auferstehung der Abderiten zur Unterhaltung des Publikums zu tun. Abderiten gibt es immer und überall, und so war sein Werk blendende Schlaglichter in manches Dunkel und auf manche Schwäche des kulturellen, des gesellschaftlichen, des sittlichen, des religiösen und künstlerischen Lebens und machte selbst vor der Politik nicht halt. Fulda hat keineswegs mit seinem Spott gespart, und es bedarf keiner besonderen Mühe, um auch die Schwächen der Gegenwart, zum Beispiel den politischen Parteihader oder die ewige Besserwisserei unberufener Kunstrichter gegeißelt und vor ihren Folgen gewarnt zu sehen. Der Witz ist ja die beste Waffe in solchem Kampf, und wenn diese Waffe auch seine Wunden schlägt, so ist sie doch nicht weniger heilsam wie das scharfe Messer des Arztes und nicht weniger ehrlich. Allem lichtscheuen Philister- und Pharisäertum, wo und in welchen Ständen auch immer es sich breit macht, gilt Ludwig Fuldas Kampf, und in köstlicher dramatischer Schlagkraft hat er ihn durchgeführt. Und da das Stück an Bühnenwirksamkeit nichts zu wünschen übrig läßt, wird es bald den richtigen Resonanzboden finden.

Die Uraufführung im Mannheimer Nationaltheater, die unter der szenischen Leitung von Hans Lotz stand, brachte dem Dichter einen großen Erfolg. Der schauspielerische Erfolg knüpft sich an die Namen Robert Garrison (Onolaos), Elise Delank (Lentiope), Fritz Linn (Struthion), Rudolf Wittgen (Anthrax), Greta Wied (Gorgo), Wilhelm Kolmar (Demokrit) und Lore Bulo (Iris), um nur die wichtigsten zu nennen. In ihrem Kreise mußte der Dichter immer wieder erscheinen und wurde mit den herzlichsten Beifallsbezeugungen gefeiert.

H. Rüdt.

Gefährdung des Mannheimer Nationaltheaters. Der Voranschlag des Nationaltheaters für 1922/23 schließt mit einem Zuschußbedürfnis von sieben Millionen Mark ab. Der Stadtrat beschäftigt sich ernsthaft mit der Frage, ob das Nationaltheater überhaupt oder in der bisherigen Weise weitergeführt werden soll, will aber mit der Entscheidung warten, bis sich die Lage des Gemeindehaushalts übersehen läßt.

Grillparzers Nachlaß. Am kommenden Sonnabend wird das Gebeimpaket, das Grillparzers Nachlaß enthält und sich in Verwahrung der Gemeinde Wien befindet, geöffnet werden. Nach einer letztwilligen Verfügung Grillparzers darf das Paket erst fünfzig Jahre nach seinem Tode geöffnet werden. Am 21. Januar jährt sich Grillparzers Todestag zum fünfzigstenmal.

Eine Neuordnung im Berufungswesen der Professoren. Der ehemalige Kultusminister Haenisch erklärt in seiner neuesten Schrift „Neue Bahnen der Kulturpolitik", daß das Berufungswesen der Professoren dringend einer Neuordnung bedürfe. Haenisch schreibt: Der von manchen Seiten her laut gewordene Wunsch, die Berufungen künftig ganz den Fakultäten zu überlassen, erscheint mit nach den Erfahrungen der letzten Jahre höchst bedenklich. Die Entscheidung muß vielmehr unbedingt in der Hand des Ministers bleiben. Doch sollten ihm zur Beratung hinfort nicht mehr in erster Linie die Fakultäten selbst dienen, es sollten vielmehr große, über das ganze deutsche Sprachgebiet sich erstreckende Fachausschüsse gebildet werden. Außerdem ist der früher schon mehrfach erörterte und neuerdings besonders von der Hallenser juristischen Fakultät unter Waentigs Führung vertretene Gedanke sehr zu begrüßen, in vernünftiger Begrenzung das ganze Berufungsverfahren mehr als bisher der Kontrolle der Oeffentlichkeit zu unterstellen und insbesondere die Fakultäten zur Veröffentlichung ihrer Berufungsvorschläge nicht nur in der Fachpresse, sondern auch in den Tageszeitungen zu verpflichten. Weht durch alle diese Dinge mehr der frische Wind der Oeffentlichkeit, so wird es bald mit manchen muffigen Cliquenunfug zu Ende sein; gewissen unterirdischen Einflüssen, die in Berufungssachen heute gelegentlich mitspielen sollen, wird ein wirksamer Damm entgegengesetzt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220119031/fragment/page=0002